

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bern, 8. November 2022
VL MindStV / CW

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Elektronischer Versand: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Verordnung des Bundesrats über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (Mindestbesteuerungsverordnung, MindStV) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen setzt sich weiterhin dafür ein, dass eine möglichst einfache und schlanke Umsetzung der unausweichlichen OECD-Mindestbesteuerung im Interesse der Schweiz erfolgt. Wir begrüssen daher die vorliegende Verordnung, welche sich nach der sich noch in der parlamentarischen Beratung befindenden Verfassungsänderung richtet und diese teilweise umsetzt.

Dieses spezielle prozedurale Vorgehen ist jedoch mit Unsicherheit behaftet, da die Eckwerte zur nationalen Umsetzung noch nicht abschliessend festgelegt wurden. Die FDP hält weiterhin an ihrer in der [Vernehmlassung](#) zum Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen ausführlich dargelegten Position fest. Wie in diesem Rahmen begründet, kommt für die FDP eine Zuteilung der Ergänzungssteuereinnahmen an den Bund nur in sehr beschränktem Umfang in Frage. Umverteilungsbegehren, welche weiter gehen als der derzeit im Erläuternden Bericht festgehaltene Verteilschlüssel (75% an die Kantone und 25% an den Bund), lehnt die FDP daher klar ab.

Mit dieser Vorlage werden zudem die Mustervorschriften der OECD/G20 für anwendbar erklärt. Vor allem angesichts des Ziels eines international konsistenten und schlanken Vollzugs des neuen Regimes für die betroffenen Unternehmen ist der direkte Verweis auf die Mustervorschriften und der Verzicht auf einen „swiss finish“ richtig und wird begrüsst. Da die Mustervorschriften jedoch nicht unbedingt eins-zu-eins auf Schweizer Verhältnisse übertragbar sind, fordert die FDP zur Klärung allfälliger offener Fragen und zur Erhöhung der Planungs- und Rechtssicherheit die Schaffung einer Auskunftsstelle. Damit soll auch eine einfache Umsetzung für die betroffenen Unternehmen ermöglicht werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun